

## Verwaltungsvorschriften zur Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Fachlehrerinnen und Fachlehrer an Förderschulen<sup>1</sup>

RdErl. d. Kultusministeriums  
v. 11.05.1984 (GABl. NW. S. 253)<sup>2</sup>

1.1 Bewerberinnen und Bewerber um Zulassung zum Ausbildungsgang für die Laufbahn der Fachlehrerin oder des Fachlehrers an Förderschulen, die als Unterrichtshilfe im Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen stehen, legen ihren Zulassungsantrag (§ 3 APO FLFS - BASS 20-11 Nr. 2.1) der zuständigen Bezirksregierung auf dem Dienstweg vor. Die übrigen Bewerberinnen und Bewerber richten ihren Antrag an die Bezirksregierung, in deren Bezirk sie zugelassen zu werden wünschen.

1.2 Der Zulassungsantrag ist nach den Mustern der Anlagen 1 a bis 1 c unter Beifügung der dort genannten Unterlagen vorzulegen.

2.1 Über das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis ist ein Vertrag nach dem Muster der Anlage 2 abzuschließen (§ 4 Abs. 3 APO FLFS).

2.2 Die Niederschrift über die Verpflichtung gemäß § 4 Abs. 5 APO FLFS ist nach dem Muster der Anlage 3 auszufertigen und der Personalakte beizufügen.

3 Zeugnis und Bescheinigungen gemäß § 29 APO FLFS sind nach den Mustern der Anlagen 4 bis 5 zu erteilen.

**Nachfolgend finden Sie die Anlagen zum Runderlass:**

### Anlage 1 a

#### Antrag auf Zulassung zum Ausbildungsgang für die Laufbahn der Fachlehrerin/des Fachlehrers an Förderschulen

##### Angaben zur Person

Familienname: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Geburtsname: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit: \_\_\_\_\_

Familienstand: \_\_\_\_\_

Zahl der Kinder: \_\_\_\_\_

Konfession: \_\_\_\_\_

##### Angaben zur Ausbildung

Schulabschluss: \_\_\_\_\_

Berufsausbildung (Abschlüsse): \_\_\_\_\_

Hauptberufliche Tätigkeit/en: \_\_\_\_\_

Gewünschter Ausbildungsbereich:

(Bereich:

- geistig behinderte Schüler/innen,
- körperlich behinderte Schüler/innen,
- pädagogische Frühförderung von sehgeschädigten Kindern oder
- pädagogische Frühförderung von hörgeschädigten Kindern)

#### Übersicht über die Bewerbungsunterlagen

Name und Anschrift der Bewerberin/des Bewerbers

Folgende Unterlagen sind in der Reihenfolge der Aufzählung dieser Übersicht beigeheftet<sup>1</sup>

- 1. Antrag (Original und Durchschrift; Anlage 1a)
- 2. Ein Lichtbild (4 x 6) aus neuester Zeit mit Unterschrift und Anschrift auf der Rückseite
- 3. ein selbstverfasster, eigenhändig unterschriebener, ausformulierter, tabellarischer, lückenlos bis zum Bewerbungstermin reichender und mit Datum versehener Lebenslauf
- 4. eine beglaubigte Kopie meiner Geburtsurkunde
- 5. eine beglaubigte Kopie meiner Heiratsurkunde
- 6. Nachweis über Führung eines Doppelnamens
- 7. eine beglaubigte Kopie der Geburtsurkunde(n) meines Kindes/meiner Kinder; Zahl der Kinder: \_\_\_\_
- 8. eine beglaubigte Kopie des Abschlusszeugnisses über einen Schulabschluss nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 APO FLFS
- 9. eine beglaubigte Kopie des Zeugnisses über den erfolgreichen Abschluss der Fachschule für Sozialpädagogik oder über das Bestehen der Prüfung als Handwerks-, Industrie- oder Hauswirtschaftsmeister/in
- 10. für Absolventinnen und Absolventen der Fachschule für Sozialpädagogik: Nachweis über eine für die Laufbahn gemäß § 60 LVO förderliche hauptberufliche Tätigkeit von mindestens einem Jahr und sechs Monaten
- 11. gegebenenfalls Antrag auf Anerkennung einer anderen Vorbildung und Prüfung nach § 2 Absatz 3 APO FLFS
- 12. Zeugnis(se) zum Antrag nach Nummer 11 in beglaubigter Kopie  
Zahl der beigelegten Zeugnisse: \_\_\_\_
- 13. beglaubigte Kopie der Bescheinigung über den abgeleisteten Grundwehrdienst oder Ersatzdienst.

<sup>1</sup> Bewerberinnen und Bewerber, die als Pädagogische Unterrichtshilfe im Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen stehen, brauchen ihrer Bewerbung solche Unterlagen nicht beifügen, die bereits Inhalt ihrer Personalakte sind.

- 14. Bescheinigung(en) über eine frühere Beschäftigung im öffentlichen Dienst.  
Hierfür kommen Arbeitsbescheinigungen bzw. Verträge, in denen der Stundenumfang im Verhältnis zu einer Vollzeitstelle zwingend aufgeführt werden muss, in Betracht.  
Zahl der beigelegten Bescheinigungen: \_\_\_\_
- 15. Bescheinigung(en) über sonstige Beschäftigung.  
Hierfür kommen Arbeitsbescheinigungen bzw. Verträge, in denen der Stundenumfang im Verhältnis zu einer Vollzeitstelle zwingend aufgeführt werden muss, in Betracht.  
Zahl der beigelegten Bescheinigungen: \_\_\_\_
- 16. nicht formgebundener Antrag auf Verkürzung des Ausbildungsverhältnisses.

Mir ist bekannt,

dass die Zulassung zum Ausbildungsgang nur im Rahmen der verfügbaren Ausbildungsplätze möglich ist;

dass bei Erwerb der Befähigung zur Fachlehrerin/zum Fachlehrer an Förderschulen

- kein Anspruch auf Einstellung/Ernennung zur Fachlehrerin/zum Fachlehrer an Förderschulen im Beamtenverhältnis auf Probe besteht.
- eine Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe nach den beamtenrechtlichen Vorschriften grundsätzlich nur bis zur Vollendung des 42. Lebensjahres zulässig ist, soweit keine berücksichtigungsfähigen Gründe für das Hinausschieben dieser Altersgrenze gegeben sind.

Außerdem habe ich die auf der folgenden Seite aufgeführten Erklärungen abgegeben zu

- meiner Straffreiheit/Vorbefragung
- meinen wirtschaftlichen Verhältnissen
- meiner Staatsangehörigkeit
- meiner jetzigen alleinigen Bewerbung.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

<sup>1</sup>gemäß § 41 LVO

<sup>2</sup>Bereinigt.

Eingearbeitet:

RdErl. v. 30.07.2021 (ABl. NRW. 08/21); RdErl. v. 31.07.2020 (ABl. NRW. 08/20)

**Anlage 1 c**

**Erklärungen**

1. Ich erkläre, dass  
 ich nicht vorbestraft bin.  
 ich vorbestraft bin (nähere Angaben enthält die betreffende Anlage).  
 gegen mich ein gerichtliches Strafverfahren bzw. ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen eines Vergehens oder Verbrechens anhängig ist.  
 Ich bin darüber belehrt worden, dass ich nach § 51 Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229) in der jeweils gültigen Fassung berechtigt bin, mich, soweit nicht eine andere, noch nicht getilgte Verurteilung oder eine gerichtliche Anordnung entgegensteht, als unbestraft zu bezeichnen, wenn der Vermerk über eine Verurteilung oder Bestrafung

1. im Bundeszentralregister (bisher Strafregister) zu tilgen ist oder bereits getilgt worden ist, bzw.  
 2. nicht in das Führungszeugnis aufzunehmen ist.  
 Das gilt auch für Strafen, die zwar im Gnadenwege erlassen, aber im Register nicht getilgt sind.

2. Ich habe am \_\_\_\_\_ gemäß § 30a Bundeszentralregistergesetz bei der für meinen Wohnsitz in \_\_\_\_\_ zuständigen Meldebehörde die Ausstellung eines erweiterten Führungszeugnisses und dessen Weiterleitung an die Zulassungsbehörde beantragt.

3. Ich erkläre, dass ich in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebe.

4. Ich versichere, dass  
 ich Deutsche/r im Sinne des Artikel 116 Grundgesetz bin

Bewerber/Innen, die im Ausland geboren sind oder die die deutsche Staatsangehörigkeit nachträglich erworben haben, müssen den großen Staatsangehörigkeitsnachweis erbringen. Das gleiche gilt für diejenigen, die vor 1945 außerhalb der ehemaligen Reichsgrenzen von 1937 geboren sind.

Großer Staatsangehörigkeitsnachweis liegt bei.

Ich versichere, dass  
 ich Ausländer/in bin und folgende Staatsangehörigkeit besitze  
 \_\_\_\_\_

5. Ich habe mich zu diesem Einstellungstermin bei keiner anderen Behörde in Nordrhein-Westfalen um die Zulassung in einen entsprechenden Ausbildungsgang beworben

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

**Anlage 3**

Die Bezirksregierung  
 \_\_\_\_\_  
Ort, Datum

**Verpflichtungshandlung**

Die Fachlehrerin in Ausbildung/Der Fachlehrer in Ausbildung \_\_\_\_\_  
 hat heute nachstehendes Gelöbnis abgelegt:

„Ich verpflichte mich, Verfassung und Gesetze zu befolgen  
 und meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft und uneigennützig zu erfüllen.“

Auf die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bin ich hingewiesen worden.

Gesehen und unterschrieben

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

geschlossen

\_\_\_\_\_  
Unterschrift und Amtsbezeichnung

**Anlage 2**

Die Bezirksregierung  
 \_\_\_\_\_  
Ort, Datum

**Ausbildungsvertrag**

Zwischen Frau/Herr \_\_\_\_\_  
Vorname, Name

und dem Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch die  
 Bezirksregierung in \_\_\_\_\_

wird gemäß § 4 Absatz 3 APO FLFS (BASS 20-11 Nr. 2.1) folgender Vertrag geschlossen:

Frau/Herr \_\_\_\_\_  
Vorname, Name

wird mit Wirkung vom \_\_\_\_\_

als „Fachlehrerin oder Fachlehrer in Ausbildung“ in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis eingestellt und zum Ausbildungsgang für Fachlehrerinnen und Fachlehrer an Förderschulen im Bereich geistig<sup>1</sup> oder körperlich<sup>1</sup> behinderter Schülerinnen und Schüler oder der pädagogischen Frühförderung von seh- oder hörgeschädigten<sup>1</sup> Kindern zugelassen. Die Ausbildung erfolgt gemäß den Vorschriften der APO FLFS.

Das Ausbildungsverhältnis endet nach § 30 APO FLFS mit der Bekanntgabe des Gesamtergebnisses der Prüfung; es kann in den Fällen des § 9 Absatz 2 oder des § 28 Absatz 3 APO FLFS verlängert werden.

Die Anwartschaft auf Versorgung bei verminderter Erwerbsfähigkeit und im Alter sowie auf Hinterbliebenenversorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen wird zugesichert.

Im Auftrag

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Fachlehrerin in Ausbildung/  
des Fachlehrers in Ausbildung

\_\_\_\_\_  
Unterschrift und Amtsbezeichnung

1) Nichtzutreffendes streichen

**Anlage 4**

**Zeugnis  
 über die Abschlussprüfung zum Erwerb der Befähigung für die Laufbahn  
 der Fachlehrerin/des Fachlehrers an Förderschulen (§ 41 LVO)**

Frau/Herr \_\_\_\_\_  
Vorname, Name

geboren am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_

hat an dem Ausbildungsgang für Fachlehrer/innen an Förderschulen im Bereich geistig oder körperlich behinderter Schüler/innen oder im Bereich der pädagogischen Frühförderung von seh- oder hörgeschädigten Kindern vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_  
Datum gemäß § 30 APO FLFS teilgenommen

und ist im Seminar für Fachlehrerinnen und Fachlehrer in Ausbildung im Bereich \_\_\_\_\_

und an einer entsprechenden Förderschule ausgebildet worden.

Sie/Er hat die Abschlussprüfung nach der APO FLFS (BASS 20-11 Nr. 2.1) bestanden und

in der Schulpraktischen Prüfung	die Note _____	( _____ ) <small>Rangpunkte</small>
in der mündlichen Prüfung	die Note _____	( _____ ) <small>Rangpunkte</small>
als Gesamtnote	die Note _____	( _____ ) <small>Rangpunkte</small>

erhalten.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

(Siegel)

\_\_\_\_\_  
Vorsitzende/r der Prüfungskommission

Anlage 5

**Bescheinigung  
über die nicht bestandene Abschlussprüfung zum Erwerb der Befähigung  
für die Laufbahn der Fachlehrerin/des Fachlehrers an Förderschulen  
(§ 41 LVO)**

Frau/Herr \_\_\_\_\_  
Vorname, Name

geboren am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_

hat an dem Ausbildungsgang für Fachlehrer/innen an Förderschulen im Bereich geistig oder körperlich behinderter Schüler/innen oder im Bereich der pädagogischen Frühförderung von seh- oder hörgeschädigten Kindern  
vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ teilgenommen  
Datum  
gemäß § 30 APO FLFS

und ist im Seminar für Fachlehrerinnen und Fachlehrer in Ausbildung im  
Bereich \_\_\_\_\_

und an einer entsprechenden Förderschule ausgebildet worden.

Sie/Er hat die Abschlussprüfung nach der APO FLFS (BASS 20-11 Nr. 2.1) nicht bestanden

Sie/Er kann die Prüfung einmal/nicht wiederholen<sup>1</sup>.

Die mit \_\_\_\_\_ bewertete schriftliche Hausarbeit wird auf die Wiederholungsprüfung  
Note/Rangpunkte  
angerechnet.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

(Siegel)

\_\_\_\_\_  
Vorsitzende/r des Prüfungsausschusses

1) Nichtzutreffendes streichen